

# „Arbeitslosigkeit ist die Ursache Nummer eins“

Zahl der Schuldner-Beratungen stieg 2006 erneut an: Kreisweit suchten 140 Menschen Hilfe bei Wolfgang Lippel

Nienburg (bb). „Deutsche reich wie nie“, titelte am Mittwoch der Nachrichtensender n-tv auf seiner Internetseite. Das Geldvermögen, zitierte n-tv eine Studie der Dresdener Bank, „habe um rund 240 Milliarden Euro auf 4,53 Billionen Euro zugelegt“. Das sei ein Plus, das „mit knapp sechs Prozent über der langjährigen durchschnittlichen Wachstumsrate von 5,5 Prozent“ gelegen habe. Dieser Studie zufolge hätte jeder einzelne Deutsche 55 000 Euro auf der hohen Kante beziehungsweise in seinem Aktiendepot.

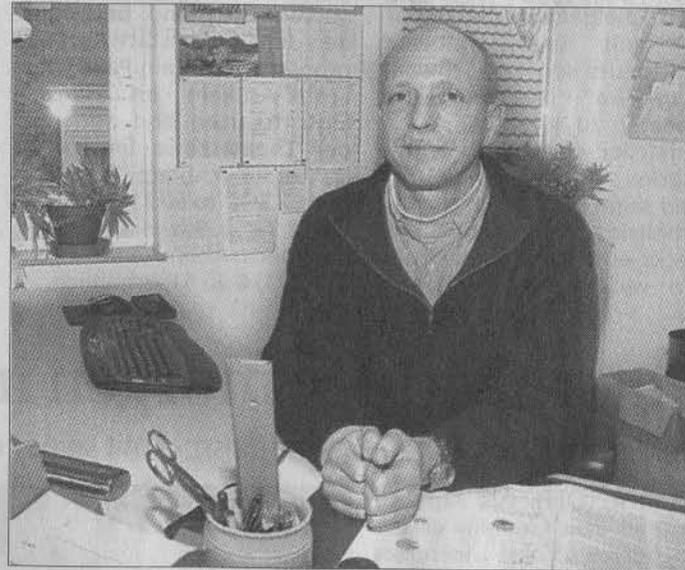
Davon können viele Menschen allerdings nur träumen. Für 140 Menschen (und ihre Familien) im Landkreis dürften diese Zahlen sogar wie Hohn klingen. Sie haben im vergangenen Jahr die Schuldnerberatung des Paritätischen Sozialzentrums Nienburg aufgesucht – um einen Ausweg

aus ihrer Überschuldung zu finden. Gegenüber dem Vorjahr, machte Schuldnerberater Wolfgang Lippel, deutlich, hatte sich die Situation im Landkreis weiter verschärft. Die Zahl der Ratsuchenden ist um sechs Prozent gestiegen (2005 waren es 132 Menschen). Im Bereich des Insolvenzgerichts Syke (zu dem die Landkreise Nienburg und Diepholz gehören) war die Entwicklung sogar noch dramatischer: Das Insolvenzgericht registrierte einen Anstieg der Verbraucherinsolvenzverfahren um unglaubliche 69 Prozent – 204 Fälle im Jahr 2005, 345 im vergangenen Jahr!

„Die Überschuldungssituation“, schreibt Lippel in seinem Jahresbericht, „ist im Laufe der Jahre nicht geringer geworden. Bei über drei Millionen überschuldeten Haushalten im Land, was gut acht

Prozent aller Haushalte entspricht, ist der Zulauf zur Beratungsstelle ungebrochen“.

Daran habe der 2006 einsetzende Wirtschaftsaufschwung – zumindest bislang – nichts geändert. Vor allem die hohe Zahl der Arbeitslosen sei ein Riesenproblem. „Arbeitslosigkeit ist unter den Einzelursachen nach wie vor die Überschuldungsursache Nummer eins.“ In der Kreis-Nienburger Statistik wird das überdeutlich. Die Hälfte der 140 Ratsuchenden (71 Menschen) bezieht Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder „Grundsicherung im Alter“, immerhin zehn Menschen sind auf Arbeitslosengeld I angewiesen, aber auch Rentner (18) und „ganz normale Arbeitnehmer“ (58 Menschen) sind betroffen. Wolfgang Lippel: „Ein Arbeitsplatz ist schon lange keine Garantie mehr für ein vernünftiges Einkommen.“



Keine Besserung in Sicht: 2006 suchten 140 Menschen aus dem Landkreis Hilfe bei Schuldnerberater Wolfgang Lippel – so viele wie nie zuvor.  
Foto: Bernard

Name Zeitung:

Die Harke

Presseartikel

Datum:

12.01.2007

## Enorme Steigerung bei Privatinsolvenzen

Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg zieht Bilanz für 2006 / Weniger Firmenpleiten

**Nienburg (DH).** Die Zahl der eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren im Bezirk des Insolvenzgerichtes Syke, zu dem auch der Landkreis Nienburg gehört, ist auch im Jahr 2006 wieder gestiegen. Dies teilte die Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg mit.

Die sogenannten Regelinsolvenzverfahren für Firmen und Selbstständige seien allerdings, so Lippel, geringfügig gesunken.

Sie sanken von 212 eröffne-

ten Verfahren im Jahr 2005 auf 210 in 2006 und damit um ein Prozent. Im Bundestrend sei allerdings noch ein höherer Rückgang bei den Firmensolvenzen zu beobachten.

Dies gälte aber nicht für die Verbraucherinsolvenzverfahren für Privatpersonen. Die Zahl dieser Verfahren habe, so der Schuldnerberater, von 204 im Jahr 2005 auf 345 in 2006 zugenommen, was einem enormen Zuwachs von über 69 Prozent entspräche. Bei fast allen der eröffneten

Verfahren seien laut Mitteilung des Insolvenzgerichtes die Kosten gestundet worden.

Bei über drei Millionen überschuldete Haushalte in Deutschland sei auch kein Rückgang der über die letzten fünf Jahre hohen Steigerungsraten zu erwarten.

Die hohe Inanspruchnahme der Verbraucherinsolvenzverfahren läge in der Möglichkeit begründet, die Kosten des Verfahrens stunden zu lassen. Erst diese Möglichkeit, so Lippel, ma-

che die Insolvenzordnung zu einer sozial- und verbraucherpolitischen Erfolgsstory, da auch mittellose Personen ins Verfahren kommen können.

Der Schuldnerberater würdigte ausdrücklich die nach wie vor kompetente und zügige Arbeit des Syker Insolvenzgerichtes.

Die Zusammenarbeit mit diesem sei seit Jahren gut, wovon sowohl die Beratungsstelle als auch das Gericht profitieren würden.

Name Zeitung:

Die Harke

Datum:

12.01.2007

den muss mit einem Einkommen von bis zu 1000 Euro im Monat leben (einschließlich Wohn- und Kindergeld).“ Aber auch „besser Situierte“ sind vor Überschuldung nicht sicher – 33 der 140 Menschen, die im vergangenen Jahr bei der Schuldnerberatung Hilfe suchten, haben ein Einkommen von mehr als 1500 Euro. Wolfgang Lippel: „Auch Familien mit relativ hohem Einkommen sind vor Überschuldung nicht gefeit, wenn durch längerfristigen Überkonsum ständig mehr ausgegeben als eingenommen wird.“

In der Schuldnerstatistik 2006 sind übrigens nur die Menschen erfasst, die eine längere, intensive Beratung bekommen haben. Telefonische Beratungen und Einmal-Beratungen sind in den Zahlen nicht enthalten – immerhin „einige 100“, die mit ihrem Einkommen ebenfalls nicht auskommen, aber (noch?) nicht so stark überschuldet sind, dass sie den Gang zur Schuldnerberatung antreten müssten oder wollten.

Bei vielen, weiß der Schuldnerberater aus seiner langjährigen Erfahrung, „treten die Probleme schon in jungen Jahren auf“. Das Einkommen reiche nicht für das Leben und für die Dinge, die scheinbar dazugehören – Handy, Auto, Reisen... Bis zum Weg zur Schuldnerberatungsstelle an der Nienburger Wilhelmstraße vergehen häufig Jahre – wenn nicht plötzliche Arbeitslosigkeit eintritt und sämtliche Lebens- und Finanzplanungen über den Haufen wirft. Oft genug gesellen sich zur Arbeitslosigkeit noch andere Probleme hinzu – Scheidung, Kreditverpflichtungen, Alkoholsucht.

Bei 65 Prozent der Ratsuchenden sind von der Überschuldung noch weitere Menschen betroffen, die mit im Haushalt leben – Ehegatten, Lebensgefährten, Kinder. Und noch eines macht die Jahresstatistik deutlich: Überschuldung betrifft vor allem „arme“ Menschen, Menschen mit geringem Einkommen. „Mehr als die Hälfte der Ratsuchen-

**Kein Auskommen**

**Zu wenig Geld?**

Die „schöne neue Konsumwelt“ hat auch ihre Schattenseiten. Das macht – jedes Jahr aufs Neue – die Schuldnerstatistik der Schuldnerberatungsstelle in Nienburg deutlich. Die Zahl der Beratungen klettert an – auch und sogar im vergangenen Jahr, als sich halb Deutschland über den endlich spürbaren Wirtschaftsaufschwung freute.

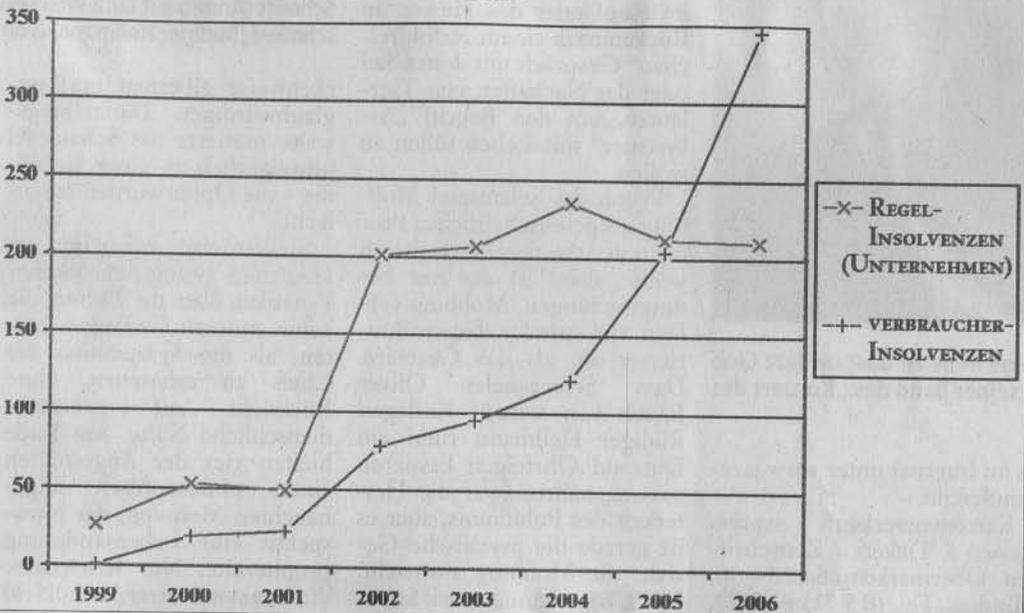
Die Aktienkurse sind gestiegen, das Geldvermögen der Deutschen hat – so die Dresdener Bank – eine neue Rekordmarke erreicht. Glaubr man der „Dresdener“ hat jeder Deutsche rund 55 000 Euro auf der hohen Kante beziehungsweise in seinem Aktiendepot.

Gleichzeitig stieg aber die Zahl derer, die mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen. Und die deshalb den Gang zur Schuldnerberatung antreten mussten. 140 Menschen aus dem Landkreis haben das im vergangenen Jahr getan beziehungsweise tun müssen. Acht Menschen mehr als im Vorjahr. Die Ursache Nummer eins dafür ist, sagt Schuldnerberater Wolfgang Lippel, nach wie vor Arbeitslosigkeit – häufig übrigens in Verbindung mit anderen Problemen wie Ehekrise, Scheidung, aber auch Alkohol.

Unter den 140 gibt es aber auch Menschen, die ständig mehr ausgeben, als sie verdienen. Verruteln sollte man das übrigens nicht: Erstens lebt davon unsere Konsumgesellschaft, und zweitens macht uns genau das „Vater Strat“ seit Jahrzehnten vor. Im vergangenen Jahr hat der Bund – so war gestern im Politik-Teil der HARKE zu lesen – „nur“ knapp 30 Milliarden „Miese“ gemacht, geplant waren 38 – wenn das kein Erfolg ist...

Burkhard Bernard

**ENTWICKLUNG DER INSOLVENZVERFAHREN  
IM INSOLVENZGERICHTSBEZIRK SYKE**



Dramatische Entwicklung: Während die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2006 auf hohem Niveau stehengeblieben ist, schnellten die Verbraucherinsolvenz-Verfahren im Insolvenzgerichtsbezirk Syke (Kreise Nienburg und Diepholz) erneut extrem in die Höhe. Grafik: Insolvenzgericht Syke

## Privatinsolvenzen nehmen weiter zu

### Bilanz des Paritätischen Sozialzentrums

**NIENBURG** ▪ Die Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg ist in den Jahren seit ihrer Gründung zu einem wichtigen Bestandteil des Angebotes an sozialen Dienstleistungen im Landkreis Nienburg geworden.

„Die Überschuldungsproblematik ist im Laufe der Jahre nicht geringer geworden. Bei über drei Millionen überschuldeter Haushalten im Land, was gut acht Prozent aller Haushalte entspricht, ist der Zulauf zur Beratungsstelle ungebroschen“, heißt es im jetzt veröffentlichten Jahresbericht 2006.

Sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch beim

für den Landkreis Nienburg zuständigen Amtsgericht Syke steige die Anzahl der Verbraucherinsolvenzverfahren seit Jahren steil an. „Die weiterhin hohe Zahl von (langzeit-)arbeitslosen Menschen lassen keine Wendung zum Besseren vermuten, da Arbeitslosigkeit nach wie vor die Überschuldungsursache Nummer eins ist“, betont die Organisation. Und: „Selbst ein Arbeitsplatz ist schon lange keine Garantie mehr für ein vernünftiges Einkommen.“

Hier spielen auch das immer weiter auseinander klaffende Einkommens- und Vermögensgefälle zwischen Arm und Reich eine bedeutende Rolle, so die Schuldnerberatung. Dies

werde auch in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung dokumentiert.

„Positiv ist zu vermerken, dass die geplante Änderung des Verbraucherinsolvenzverfahrens, die mittellose Personen in ein Zweite-Klasse-Entschuldungsverfahren abschieben wollte, offenbar vom Tisch ist. Immer wieder verschoben wurde allerdings die Neuregelung bei der Kontenpfändung. Eine Änderung ist aber wichtig, damit die Bezieher von unpfändbaren Beträgen oder Sozialleistungen von häufig als Schikanen durchgeführten

Vollstreckungsmaßnahmen nicht länger drangsaliert

werden können“, fordert die Nienburger Schuldnerberatung. In diesem Punkt gäbe es dringenden Handlungsbedarf.

Im Jahr 2006 hat die Schuldnerberatung des Paritätischen Sozialzentrums insgesamt 140 Personen aus Stadt und Landkreis Nienburg beraten. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um sechs Prozent. Wie auch in den Vorjahren wurden Einmal- und telefonische Beratungen nicht statistisch erfasst – die Anzahl dürfte jedes Jahr einige Hundert betragen.

„Die Kapazitätsgrenze für eine mit einer Person besetzten Beratungsstelle ist damit erreicht“, mahnen die Verantwortlichen.

■ Arbeitslosigkeit  
■ Hauptursache

## Presseartikel

Name Zeitung: Die Harke am Sonntag

Datum: 28.01.2007

### **Info-Broschüre auch auf Diskette zu haben**

Schuldnerberatung bietet Service für Personen ohne Internetzugang

Nienburg (DH). Viele Broschüren, die früher zur Information von der Bundesregierung oder den Landesregierungen in Schriftform herausgegeben wurden, gibt es aus Kostengründen mittlerweile nur noch als Download aus dem Internet. Dies gilt auch für die Broschüre ‚Neubeginn ohne Schulden‘, die das Land Niedersachsen zur Information über das Verbraucherinsol-

venzverfahren herausgegeben hat und die einen guten Überblick über Inhalt und Verlauf des Verfahrens bietet.

Die Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg bietet diese Broschüre jetzt für Personen, die keinen Internetzugang besitzen, als sogenannte pdf-Datei auf Diskette an. Zum Lesen oder Ausdrucken der Broschüre ist ein Computer mit Diskettenlaufwerk und

dem kostenlosen Programm ‚Adobe Reader‘ erforderlich. Die Disketten werden zum Selbstkostenpreis von einem Euro abgegeben und können zu den Geschäftszeiten im Paritätischen Sozialzentrum in der Wilhelmstraße 15 abgeholt werden. Die Disketten werden nach Zusendung eines ausreichend frankierten und adressierten Briefumschlages auch per Post verschickt.

## Hemme: „Überschuldete brauchen Partner“

Schuldnerberater Wolfgang Lippel sieht gravierendes Defizit bei Finanzkompetenz

Nienburg (DH). Die SPD-Landtagsabgeordnete Marie-Luise Hemme warnt in einer Pressemitteilung vor zunehmender Überschuldung gerade bei jungen Menschen. Die Landespolitikerin informierte sich bei Wolfgang Lippel, Schuldnerberater des Paritätischen Nienburg, über die Überschuldungssituation im Landkreis. Anlass war die Vorstellung des Rechenschafts-Berichts der Einrichtung.

Generell, so Hemme, sei Arbeitslosigkeit der am häufigsten genannte Grund für Überschuldung. Gerade junge Leute wüchsen aber in vielen Fäl-

len regelrecht in die Schuldenfalle hinein, warnt Schuldnerberater Lippel: „Schon in der Jugend beginnt oft der Weg in die Überschuldung. Jungen Leuten fehlt häufig jede Finanzkompetenz.“ Ursachen seien oftmals ein in diesem Bereich überfordertes Elternhaus sowie ein wachsender Konsumdruck. Gegenüber der heimischen Landtagsabgeordneten unterstrich Lippel deshalb erneut seine Forderung nach schulischem Engagement in diesem Bereich.

Marie-Luise Hemme sagte dazu, in Fällen, in denen das Elternhaus nicht dazu in der

Lage sei, könne man grundsätzlich nach Wegen suchen, über die Schule Finanzkompetenz zu vermitteln. Aber: „Dazu muss das gesellschaftliche Problem wachsender Überschuldung auch als Problem anerkannt sein.“

Vor diesem Hintergrund würdigte die Sozialdemokratin das jahrelange finanzielle Engagement der Sparkasse Nienburg für die Schuldnerberatung des Paritätischen. Zwar trage der Landkreis mit rund 70 Prozent den Löwenanteil der Kosten; das Geldinstitut habe aber erkannt, wie wichtig anerkannte Beratungsstellen

für die Betroffenen seien - und unterstütze die Schuldnerberatung regelmäßig mit namhaften Beträgen zumal es „durchaus schwarze Schafe auf diesem Gebiet gibt“. Von daher wäre es angebracht, so Hemme, wenn alle Kreditinstitute gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und anerkannte Schuldnerberatungen finanziell fördern würden.

Die heimische Abgeordnete sagte zu, sich im Landtag für die zügige Umsetzung der bislang lediglich als Entwurf vorliegenden neuen Insolvenzverordnung auf Niedersachsen-Ebene einzusetzen.

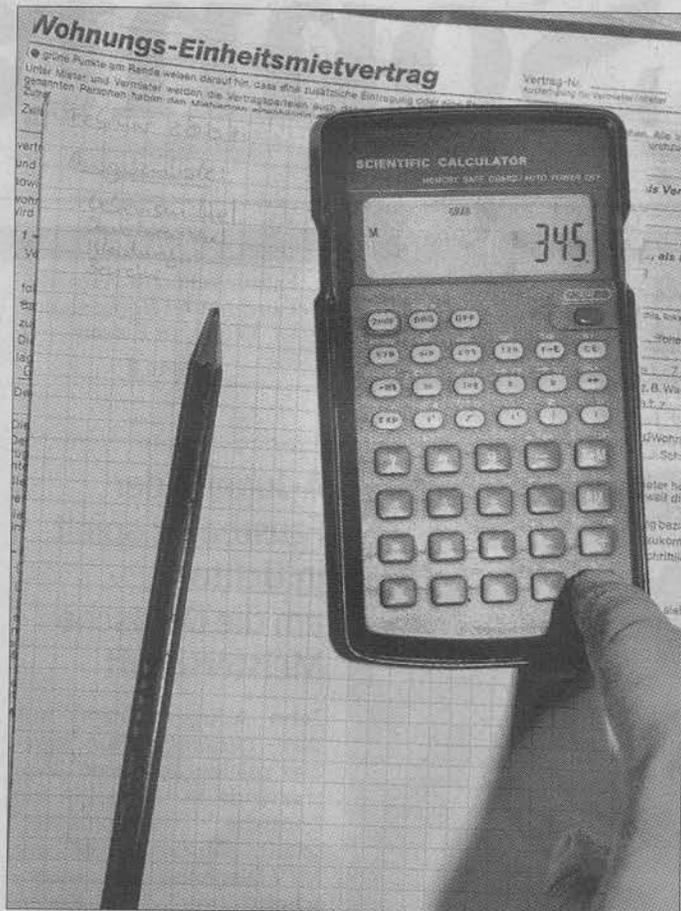
# Unmöglich, ein Eigenheim abzubezahlen

Wenn Hartz IV den Traum vom Eigenheim beendet / Schuldnerberatung: Massives Problem

Nienburg (nis). Für viele kaum vorstellbar, dass man einmal auf einen Geldbetrag angewiesen ist, der einen auf das Lebenswichtigste beschränkt. Wenn man frühzeitig vorsorgt, kann so etwas doch eigentlich gar nicht passieren. Das ist wohl die Meinung vieler. Was aber, wenn man nun tatsächlich plötzlich und unverschuldet den Job verliert, was wenn man mit dem Mindestsatz an Unterstützung auskommen muss, obwohl man sich doch vor einigen Jahren erst den Traum vom Eigenheim erfüllt hat?

Was es überhaupt heißt, mit Hartz IV zu leben, probieren derzeit einige Menschen ganz bewusst aus, dabei aber wissend, dass sie nach Ostern wieder zu ihrem alten Lebensstandard zurückkehren können. „7 Wochen mit Hartz IV“ heißt ein Projekt der Hannoverschen Diakonie, an dem sich in Anlehnung an „7 Wochen ohne“ in der Passionszeit Freiwillige beteiligen.

Nicht einfach wieder raus aus dem ALG II können dann aber diejenigen, die wirklich nur die staatliche Unterstützung bekommen. Und darunter sind auch im Landkreis Nienburg Menschen, die



Ob Wohneigentum oder Mietvertrag: Wer mit Hartz IV auskommen muss, muss ganz genau rechnen, um über die Runden zu kommen - und manchmal ist das gerade gebaute Eigenheim trotz aller Bemühungen nicht mehr zu halten. Foto: Schmidetzki

noch vor gar nicht langer Zeit selbst über ein vermeintlich sicheres Einkommen verfügt haben.

Besonders hart trifft es dann oft diejenigen, die eine Immobilie gekauft oder gebaut haben. „Es ist so gut wie unmöglich, ein Haus abzubezahlen“, weiß Schuldnerberater Wolfgang Lippel vom Paritätischen Dienst in Nienburg.

Das Hauptproblem ist dabei nicht einmal die Gesetzeslage, denn die untersagt es keinem Hartz IV-Empfänger, zum reinen Selbstnutzen ein Eigenheim zu besitzen. Allein die Raten weiterhin zusammen zu bekommen, das sei die Schwierigkeit.

Denn in den Sozialleistungen werden zwar die Zinsen auf den Kredit gezahlt und auch die Nebenkosten könnten übernommen werden. Für die Teilbeträge selbst aber muss der Hausbesitzer aufkommen, und dafür so Lippel, reiche das Geld dann ganz einfach nicht mehr. „Das ist ein ganz massives Problem“, erklärt der Finanzexperte und fügt hinzu, wie schwer vor allem das Emotionale wiegt: „Man muss sich von einem heiß geliebten Objekt trennen.“

## Presseartikel

Name Zeitung:

Die Harke

Datum:

30.06.2007



### Sparkasse spendet 6700 Euro für Schuldnerberatung

„Damit die Arbeit der Schuldnerberatung weitergemacht werden kann, überreichen wir diese Spende“, erklärte Wolfgang Knust (rechts). Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Nienburg überreichte Wolfgang Lippel von der Schuldnerberatung des Paritätischen Nienburg einen Scheck

in Höhe 6700 Euro. Lippel dankte der Sparkasse für die kontinuierliche Förderung. Die Schuldnerberatung hilft Menschen aus der Schuldenfalle. „Viele Menschen haben nie gelernt, richtig mit Geld umzugehen“, so Lippel. „Hier fehlt einfach auch die finanzielle Allgemeinbildung.“ Ge-

rade in Schulen sollte der Umgang mit Geld und die praktische Erarbeitung eines Haushaltsplanes zum Thema gemacht werden. Wolfgang Knust betonte, dass „nur ein Umdenken der Menschen wirklich etwas verändert“. Eine Wertedebatte sei nötig.

Foto: Herrmann

# 6700 Euro an die Nienburger Schuldnerberatung

## Sparkasse unterstützt den Paritätischen

NIENBURG(ana). In Kooperation mit dem Land Niedersachsen leisten die niedersächsischen Sparkassen auch in diesem Jahr einen Beitrag zur Finanzierung der sozialen Schuldnerberatung. Im Landkreis geht die Förderung bereits seit 1997 an die Schuldnerberatung des Paritätischen Dienstes. Aus diesem Anlass überreichte Wolfgang Knust, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nienburg am vergangenen Freitag einen Scheck über die diesjährige Fördersumme von 6.700 Euro an den Schuldnerberater des Paritätischen Dienstes Wolfgang Lippel. Der Betrag wird aus dem Reinertrag der Lotteriesparen+Gewinnen bereitgestellt.

„Wir sind sehr glücklich über die kontinuierliche Förderung, die wir jetzt bereits im zehnten Jahr erhalten“, bedankte sich Lippel. „Die Zusammenarbeit mit der Sparkasse beschränkt sich nicht allein auf die finanzielle Förderung, es ist uns schon häufig gelungen, überschuldeten Kreditnehmern gemeinsam zu helfen. Insgesamt sind es ohnehin weniger die Sparkassen und Volksbanken vor Ort, die die Haushalte in die Überschuldung führen. Vielmehr resultieren die finanziellen Probleme aus Arbeitslosigkeit



SPARKASSEN-VORSTANDSVORSITZENDER Wolfgang Knust (r.) überreichte einen Scheck über die diesjährige Fördersumme von 6.700 Euro an den Schuldnerberater des Paritätischen Dienstes Wolfgang Lippel.

Foto: ana

und unkontrolliertem Konsumverhalten.“ Ein großes Problem sei auch die teilweise unverantwortliche Kreditvergabe einzelner überregionaler Banken. „Einige dieser Institute versorgen nichtzahlungsfähigen Kunden mit hohen

Kredit und forcieren somit die Überschuldung“, sagte Lippel.

Laut Knust stehe hinter diesen Handlungen allerdings selten ein direkter Vorsatz. „Es ist nun einmal so, dass die Menschen unterschiedliche

Erfahrungen mit Finanzen machen. Es gibt Leute, die brauchen als andere. Diese beratende Funktion fehlt bei vielen dieser Banken“ so der Vorstandsvorsitzende. Insgesamt sei aber der Prozentsatz der Bankschulden in den vergangenen Jahren erheblich zurückgegangen. „Früher waren 90 bis 95 Prozent der Schulden Bankschulden, heute liegt die Quote nur noch bei etwa 75 Prozent. Immer häufiger treten jetzt Warenhäuser und Telekommunikationsunternehmen als Gläubiger auf“, erläuterte Lippel. „Gerade Handy-Schulden stellen bei den jungen Leuten ein stetig wachsendes Problem dar. Fast alle unter 30-Jährigen bei uns in der Beratung haben Schulden bei Handybetreibern.“ Weitere Probleme seien die vielfältigen Möglichkeiten des Ratenkaufs sowie der Kreditkartennutzung. „Viele haben nicht gelernt mit Geld umzugehen und leben über ihre Verhältnisse. Die finanzielle Allgemeinbildung ist erschreckend gering. In den Lehrplänen der allgemeinbildenden Schulen taucht diese Thematik überhaupt nicht auf“, kritisiert Lippel. Auch Knust sieht in der Aufklärung über Schulden in den Schulen den Knackpunkt der Problematik. „Man muss vorne ansetzen, in den Köpfen der Jugendlichen und sie über den Umgang mit Geld und die Gefahren der

Überschuldung informieren.“ Natürlich gerieten viele Menschen auch unverschuldet in eine solche Situation. „Oft ist es so, dass eine Ratenzahlung eingegangen wird und man dann den Job verliert“, betont Knust. Gerade in diesem Punkt setzt Lippel auf mehr Verantwortlichkeit der Gläubiger. „Ich hoffe, dass durch die momentan starke Medienpräsenz der Thematik eine Bewusstseinsveränderung bei den Anbietern von Konsumgütern einsetzt. Es sollte auf jeden Fall in Verträgen eine Klausel geben, die bei Arbeitslosigkeit ein Sonderkündigungsrecht einräumt“, meint Lippel. „Viele vergessen, dass Überschuldung mehr bedeutet, als nur finanzielle Probleme.“

„Die Problematik wird oft unterschätzt“, stimmt Knust zu. „Man wird nicht nur finanziell absolut handlungsunfähig, oftmals droht die Vereinsamung, weil sich diese Menschen nichts mehr erlauben können. Der Rest der Welt dreht sich weiter, aber man kann nicht mehr daran teilhaben. Diese Fälle sind wirklich tragisch. Daher werden wir die Paritätische Schuldnerberatung auch in Zukunft weiter unterstützen, denn sie leistet nicht nur einen enorm wichtigen Beitrag, um diesen Menschen zu helfen, sondern setzt sich auch für die so wichtige Präventionsarbeit ein.“

Name Zeitung:

BlickPunkt

Pressartikel

Datum:

04.07.2007

## Nachbesserungen sind nötig

Paritätischer äußert sich zum Entwurf zur Insolvenzreform

Nienburg (DH). Der Arbeitskreis Schuldnerberatung des Paritätischen Niedersachsen begrüßt den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Insolvenzrechtes. An Einzelpunkten wurde aber bei der letzten Sitzung des Arbeitskreises deutliche Kritik laut. Das teilt der Arbeitskreis in einer Pressemitteilung mit.

Die Reform, so Arbeitskreisleiter Wolfgang Lippel vom Paritätischen Nienburg, sei den Kosten des Verbraucherinsolvenzverfahrens geschuldet. Die Bundesländer, die die Kosten zu tragen hätten, wollten eine deutliche Kostenreduzierung erreichen. Dies, so Lippel, würde durch den Wegfall der Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten erreicht. Durch den Verzicht auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens für Personen, die die Verfahrenskosten nicht aufbringen können, und die direkte Einleitung der sechsjährigen „Wohlverhaltensperiode“ würden zusätzlich erhebliche Kosten wegfallen. Auch die Aufgaben und damit die Kosten des Treuhänders würden reduziert.

Für die Schuldnerberatungen würde sich die Änderung ebenfalls positiv auswirken: In aussichtslosen Fällen müssten keine außergerichtlichen Eini-

gungsversuchen mit den Gläubigern unternommen werden.

Anlass zur Kritik gäbe aber, so Tim Sommer, Insolvenzhilfe Wilhelmshaven, dass ehemals beruflich Selbstständige unter bestimmten Bedingungen immer noch ein normales Insolvenzverfahren durchlaufen, auch wenn die Selbstständigkeit lange zurückläge und es keinen Grund gäbe, diesen Personenkreis nicht auch in das Verbraucherinsolvenzverfahren für Privatpersonen einzubeziehen. Ebenso würde der Vorrang für Lohnabtretungen, die sich hauptsächlich Geldinstitute zur Sicherung ihrer Darlehen unterschreiben lassen, im Verfahren zwar von zwei Jahre auf ein Jahr reduziert. „Sinnvoll wäre allerdings ein völliger Wegfall dieser Regelung, die unnötigerweise Geldinstitute gegenüber anderen Gläubigern privilegiert, gewesen.“

Ein wirkliches Problem könne sich zudem bei der geplanten Eigenbeteiligung für mittellose Schuldner entwickeln. Die Gerichtsgebühr von 25 Euro und monatliche Kosten von ca. 13 Euro seien sicherlich niedrig bemessen, so der zuständige Abteilungsleiter Harald Fischer vom Paritätischen Niedersachsen. Für Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe bezie-

hen würden, wären diese Kosten aber eine erhebliche Belastung. Fischer wies darauf hin, dass der Paritätische schon seit einigen Jahren eine Erhöhung der Regelsätze für diesen Personenkreis um 20 Prozent fordern würde. Hier fehle im Gesetzentwurf eine Härtefallregelung zur Kostenbefreiung.

Auch die vorgesehene Kostenerstattung für die anerkannten Insolvenzberatungsstellen sei weit davon entfernt, kostendeckend zu sein. Obwohl die umfangreichen Vorarbeiten für das Durchführen des außergerichtlichen Einigungsversuches und die Bescheinigung über die Aussichtslosigkeit desselben annähernd gleich seien, sei für letzteres eine erheblich geringere Vergütung vorgesehen. Das, so Norbert Adolf vom Paritätischen Oldenburg, würde die Beratungsstellen existenziell treffen. Für die Betreuung der Antragsteller durch die Beratungsstellen im gerichtlichen Insolvenzverfahren und der sechsjährigen Periode bis zur Erteilung der Schuldbefreiung sei überhaupt keine Vergütung vorgesehen. In diesen Punkten gäbe es „erheblichen Nachbesserungsbedarf“. Das, so die Forderung des Arbeitskreises, müsste in der Diskussion des Regierungsentwurfs berücksichtigt werden.

# Immer mehr sitzen in der Schuldenfalle

Landkreis Nienburg rutscht bei „Schuldenkompass 2007“ auf Platz 329 ab / Schlechte Prognose

**Landkreis** (seb). Geplatze Handyrechnung, Autokauf auf Pump, zu viele Bestellungen beim Versandhandel – die Gründe für eine Privatinsolvenz sind vielfältig. Rund drei Millionen Haushalte in Deutschland können laut Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung (Schufa) ihre Schulden nicht mehr bezahlen. Auch im Landkreis Nienburg gelangen immer mehr Menschen in den Strudel der Privatinsolvenz. Im „Schuldenkompass 2007“ rutschte der Landkreis ins untere Mittelfeld auf Platz 329 ab. Tendenz: weiter fallend.

Fünffmal hat die Schufa bisher einen „Schuldenkompass“ veröffentlicht, der die finanzielle Situation der Privathaushalte in Deutschland untersucht. Erstmals wagt die Schufa auch eine Prognose für das kommende Jahr: Für 2008 prognostiziert sie, dass der Kreis auf Rang 341 zurückfallen werde. Dass diese Prognose zutreffen werde, befürchtet auch Wolfgang Lippel, Schuldnerberater beim Paritätischen Nienburg. Vielleicht werde die Zahl der Verbraucherinsolvenzen aber nicht mehr so „exorbitant steigen“, hofft er. Beim „Schuldenkompass“ müsse aber auch beachtet werden, wie schnell Verschuldete einen Termin bei einer Schuldnerberatung bekommen und schließlich in die Privatinsolvenz gehen können: Mancherorts gebe es Wartezeiten für eine Beratung von bis zu einem halben Jahr.

Weitaus besser als Nienburg schnitt im „Schuldenkompass 2007“ der Kreis Minden-Lübbecke (173) ab, dem auch eine



Das Geld ist in vielen Haushalten knapp: Immer mehr Deutsche sitzen in der Schuldenfalle.

positive Prognose für 2008 gestellt wurde (128). Die Landkreise Diepholz (293) und Schaumburg (309) platzierten sich ebenfalls vor Nienburg, der Landkreis Rotenburg (Wümme) dahinter (366). Nach Kreisen betrachtet werden im Landkreis München, derzeit auf Platz zwei, die geringsten Verschuldungsprobleme erwartet. Derzeit ist der Landkreis mit der niedrigsten Verschuldung das oberbayerische Ebersberg. Auffällig ist das Nord-Süd-Gefälle: Unter den zehn Landkreisen mit der niedrigsten Schuldenproblematik ist kein norddeutscher Kreis zu finden. Dagegen finden sich mit Wilhelmshaven, Flensburg, Bremerhaven, Delmenhorst, Schwerin und Neumünster sechs Landkreise aus Norddeutschland in den Top-Ten mit den meisten verschuldeten Privathaushalten.

Insgesamt untersuchte die

Schufa 439 Landkreise und kreisfreie Städte. Zur Bewertung der Schuldenlage der Haushalte fasste sie mehrere Kriterien zu einem Privatschuldenindex (PVI) zusammen. Dazu zählen Faktoren wie unbezahlte Handy- und Telefonrechnungen, geplatze Versandhandelsrechnungen, Kreditausfälle, eidesstattliche Versicherungen bei Zahlungsunfähigkeit und Privatinsolvenz. Im laufenden Jahr beobachtete die Schufa eine Trendwende: Stieg die Zahl der verschuldeten Haushalte in den vergangenen Jahren an, so hat sich die Problematik dieses Jahr erstmals seit Beginn der Erhebung im Jahr 2004 nicht weiter verschärft. Im Vorjahr konnte rund jeder 14. deutsche Haushalt seine Ausgaben nicht mehr bezahlen. In Nienburg stehen Mittellose bei Schuldnerberater Wolfgang Lippel Schlange: Die Zahl derer, die

Beratung suchen, sei „stabil auf hohem Niveau“, sagt er. „Zwischen 130 und 140 pro Jahr.“ Mehr gehe nicht, die Kapazitätsgrenze sei erreicht.

Wer gilt als gefährdet? Dem Schufa-Bericht zufolge gelten Single-Haushalte, Haushalte mit jungen Einkommensbeziehern bis 24 Jahre und Haushalte der unteren Einkommensgruppe als besonders gefährdet, der Schulden nicht mehr Herr zu werden. Etwa jeder dritte überschuldete Haushalt sei von Arbeitslosigkeit betroffen. Neben Arbeitslosigkeit seien Scheidung sowie mangelnde finanzielle Allgemeinbildung, Unerfahrenheit, gescheiterte Selbstständigkeits- und Informationslücken in Geldangelegenheiten weitere Gründe für eine Überschuldung, sagte Schufa-Vorstandschef Rainer Neumann bei der Vorstellung des „Schuldenkompasses 2007“.